

Aus dem Inhalt

Bio-Erdgas • Multitalent mit wachsender Bedeutung	Seite 2
IEU News • Warum gibt es einen Modernisierungstau?	Seite 4
EnergieSzene Berlin • Energiewende erfordert Regulierungswende	Seite 5
EnergieSzene Brüssel • EU-Infrastrukturpaket treibt Netzausbau voran	Seite 5
ASUE News • Heizungssysteme im Kostenvergleich	Seite 6
Zahlen & Fakten • Milde Witterung senkt Energieverbrauch	Seite 7
Energie intern • Kopf des Monats: Ewald Woste	Seite 8
Literaturtipps • Wir sind jung und brauchen die Welt	Seite 8

Topthema

Nord Stream: Vollgas durch die Ostsee

Die meisten Energieexperten sind sich einig: Am Erdgas führt zumindest in einer Übergangszeit bis zum Erreichen einer weitgehend erneuerbaren Energieversorgung Deutschlands und Europas kein Weg vorbei. „Auf dem Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien kommt Erdgas als umweltfreundlichstem fossilen Energieträger eine zentrale Rolle zu“, hatte denn auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler im Vorfeld der Inbetriebnahme der Nord Stream gesagt. Diese vielen als Ostseepipeline besser bekannte Offshore-Leitung verbindet das europäische Gasnetz direkt mit den großen russischen Gasreserven und öffnet einen zusätzlichen Lieferweg für die dauerhaft sichere Versorgung Europas mit Erdgas.

Am 8. November nahmen Bundeskanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Dmitri Medwedew gemeinsam mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark

Rutte, dem französischen Premierminister François Fillon und EU-Kommissar Günther Oettinger den ersten von zwei Strängen der 1224 Kilometer langen Pipeline symbolisch in



Quelle: Nord Stream

Drehen gemeinsam ein großes Rad (v. li.): der französische Premierminister François Fillon, E.ON-Chef Johannes Theysen, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der niederländische Premierminister Mark Rutte, Russlands Präsident Dmitri Medwedew, Gazprom-Chef Alexei Miller, EU-Kommissar Günther Oettinger, BASF-Chef Kurt Bock und Erwin Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Leser,

Erdgas wird im Zusammenhang mit dem Thema Versorgungssicherheit in Deutschland zumindest mittelfristig eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund ist die Bedeutung des ersten Strangs der Nord Stream zu sehen, durch die erstmals Gas vom Lieferland Russland direkt nach Deutschland und weiter in andere Staaten der EU fließt. Irritationen durch Unstimmigkeiten über Transportabgaben oder unbezahlte Rechnungen zwischen Russen und Transitländern, wie man sie aus der Vergangenheit kennt, dürften künftig kaum noch negative Auswirkungen auf die Stetigkeit der Lieferungen aus Richtung Osten haben. Diversifizierung der Bezugsländer ist nur eine Seite der Medaille, die Diversifizierung der Bezugsrouten die andere.

Energiesparen trägt ebenfalls zur Versorgungssicherheit bei. Denn was man nicht verbraucht, muss man nicht teuer einkaufen. Im Gebäudebereich ist das Sparpotenzial besonders hoch, und doch hat es die Politik noch immer nicht geschafft, die Aufwendungen für Maßnahmen zur energetischen Sanierung steuerlich zu begünstigen. Die Hausbesitzer warten. Es wird Zeit.

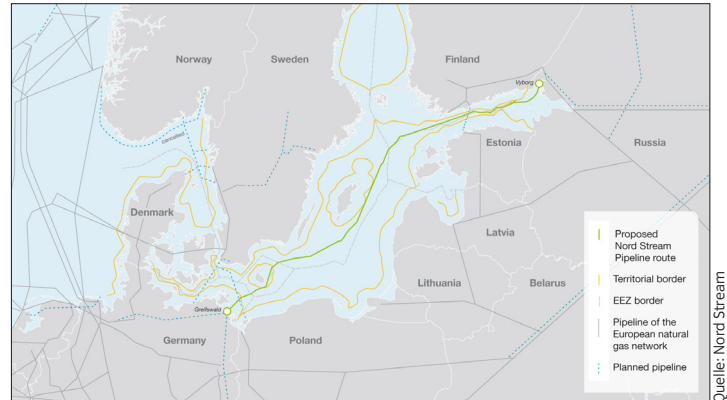
Eine interessante Lektüre wünscht
Rolf Sweekhorst

Betrieb. Jährlich können durch diese Leitung bis zu 27,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas über Lubmin ins deutsche und darüber auch ins europäische Erdgasnetz fließen. Mit der Fertigstellung des zweiten Strangs im kommenden Jahr wird diese Kapazität verdoppelt.

Die – keineswegs vollständige – Auflistung der prominenten Teilnehmer an der feierlichen Inbetriebnahme ist ein deutlicher Hinweis auf die Tatsache, dass Nord Stream nicht allein für die Staaten an den beiden Endpunkten der Leitung von großer Bedeutung ist. Das Projekt gilt darüber hinaus als überaus wichtig für die Sicherung einer langfristig zuverlässigen Erdgasversorgung großer Teile Europas. Nach Ansicht von EU-Energiekommissar Günther Oettinger führt die Inbetriebnahme von Nord Stream zwangsläufig zu einer neuen Transportqualität, kämen doch künftig immerhin rund zehn Prozent der europäischen Gasimporte über diese neue Leitung. Gleichzeitig sei es für die EU wichtig, die Liefer Routen zu diversifizieren und über Russland als wichtiges Lieferland hinaus auch andere Quellen zu nutzen.

„Dieses Projekt ist beispielhaft für die Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union“, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Öffnung des Leitungsventils in Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern. „Wir zeigen mit diesem Projekt und durch die Anwesenheit so vieler Vertreter europäischer Länder, dass wir auf eine sichere, auf eine belastbare Partnerschaft mit Russland in der Zukunft setzen.“ Nord Stream setze neue Maßstäbe in der europäischen Energiepartnerschaft. Überdies sei die neue Pipeline beispielhaft für eine gute Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft. Nord Stream sei es in Zusammenarbeit mit den Genehmigungsbehörden gelungen, mit Blick auf die vielfältigen und berechtigten Interessen der Ostsee-Anrainerstaaten ausgewogene Lösungen zu finden. „Es zeigt sich damit, dass die Wirtschaft in der Lage ist, komplexe Großprojekte auch im 21. Jahrhundert verantwortungsbewusst zu realisieren.“

Schon vor der offiziellen Inbetriebnahme hatte der russische Präsident Dmitri Medwedew bei seinem Besuch in Berlin die Nord Stream Pipeline als wichtigen Schritt zur Festigung der Beziehungen zur Europäischen Union und zu Deutschland bezeichnet. Schließlich, so Medwedew weiter, liefere die Verbindung auch einen Beitrag zur Energiesicherheit in Europa und damit zur europäischen Sicherheit insgesamt.



Die Trasse der Nord Stream-Pipeline führt durch die ausschließlichen Wirtschaftszonen und/oder die Hoheitsgewässer von Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland. An der Umweltverträglichkeitsprüfung waren überdies die Staaten Estland, Lettland, Litauen und Polen beteiligt.

500 Gäste aus Politik und Wirtschaft nahmen neben den Staats- und Regierungschefs an den Feierlichkeiten zum Beginn der Erdgas-Lieferungen durch die Nord Stream-Pipeline teil. Vertreter der Anteilseigner der Nord Stream AG – OAO Gazprom, BASF SE/Wintershall Holding GmbH, E.ON Ruhrgas AG, N.V. Nederlandse Gasunie und GDF SUEZ S.A. – bezeichneten die Pipeline als Schlüsselprojekt für Europas Energieinfrastruktur, das hinsichtlich Zeitplan und Kosten wie geplant umgesetzt worden ist. Die fünf Unternehmen finanzieren 30 Prozent des Investitionsvolumens von 7,4 Milliarden Euro durch Eigenkapital. Weitere 70 Prozent des Projektbudgets werden durch Kredite abgedeckt. An der Finanzierung sind insgesamt etwa 30 Banken beteiligt.

„Nord Stream verbindet die Interessen von Energielieferanten und Energiebezieher und tut dies auf gegenseitig vorteilhafte und effiziente Art und Weise. Versorgungssicherheit und Stabilität sind sowohl für die Lieferanten als auch für die Verbraucher vorrangige Ziele. Nord Stream bietet eine langfristige Lösung für die Herausforderungen, mit denen sich ein führender Gasversorger, seine Partner und seine Kunden auseinandersetzen“, verdeutlichte Klaus Schäfer, Vorstandsvorsitzender der E.ON Ruhrgas AG, die Einschätzung eines der beteiligten Unternehmen. „Diversifizierung bedeutet nicht nur, Gas aus unterschiedlichen Quellen zu beziehen, sondern auch mehrere Lieferwege zur Verfügung zu haben.“

Bio-Erdgas

Multitalent mit wachsender Bedeutung

Einen Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie zu treffen, sei leicht, „den Einstieg in die erneuerbaren Energien zu organisieren, ist sicherlich der schwierigere Teil“, sagte Jochen Homann, Staatssekretär im

Bundeswirtschaftsministerium, auf einer Fachkonferenz des Biogasrats in Berlin. Homann verwies auf den großen Vorteil der Stromerzeugung aus Biogas: die Steuerbarkeit. Bisher gebe es jedoch nur Anreize zur konstanten Einspeisung. „Das können wir uns nicht mehr leisten.“ Mit der Einführung einer Marktprämie ab 2012 werde daher erstmals ein Anreiz

geschaffen, Biogas-Strom bedarfsgerecht einzuspeisen. Homann zufolge wird im kommenden Jahr ein Erfahrungsbericht für das EE-Wärme-Gesetz vorgelegt, 2013 werde dann eine Novellierung erfolgen. Der Anteil erneuerbarer Energien im Wärmemarkt, der zu 70 Prozent auf dem Einsatz von Bioenergie basiere, sei von 8,9 Prozent (2009) auf 9,5 Prozent in 2010 gestiegen. Die Zielmarke für 2020 liege bei 14 Prozent. Bislang gelte das Gesetz nur für Neubauten, für Bestandsgebäude müsse die Diskussion weitergeführt werden.

In Baden-Württemberg gelten andere Bedingungen, dort sind erneuerbare Energien auch bei Sanierungen vorgeschrieben. Zu Bio-Erdgas aufbereitetes Biogas ist dabei eine der Möglichkeiten. Peter Drausnigg von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG berichtete über die Erfahrungen. Bislang gebe es wenige bundesweite Anbieter im Biomethan-Markt, allerdings sei es für Gasversorger „fast schon ein Hygienefaktor, dass man Bio-Erdgas im Portfolio hat“. Heute setzten vor allem „grüne Kunden“, die sogenannten LOHAS (Lifestyle of Health and Sustainability) auf Biomethan. Aber auch die Wohnungswirtschaft sei eine Zielgruppe. Bis dato verzeichne man im Bestand aber weniger Kunden als erwartet. Hier besteht nach Meinung von Drausnigg noch deutlicher Informationsbedarf und Bedarf an einer intensiveren Zusammenarbeit mit dem Heizungssektor. Noch sei es für das Handwerk lukrativer, eine Photovoltaikanlage aufs Dach zu setzen als die Nutzung von Bio-Erdgas zu empfehlen.

Dank der deutschen Vorreiterrolle belebt sich der Biomethan-Markt in der EU. So werden in diesem Jahr voraussichtlich 553 Millionen Kubikmeter ins Erdgasnetz eingespeist (davon allein 478 Millionen Kubikmeter in Deutschland), ein Plus gegenüber 2010 von 30 Prozent. Nach Angaben von Jenifer Fulton vom Biogasrat hat sich die Zahl der Einspeiseanlagen im Vergleich zu 2010 um 50 Prozent auf 101 erhöht. Fast alle EU-Staaten setzten auf ein Einspeisevergütungsmodell mit einem Durchschnittssatz von 14 Cent je Kilowattstunde. Fulton ist überzeugt: „Das Marktprämienmodell wird an Bedeutung gewinnen.“ Sie hält den grenzüberschreitenden Handel für einen Schlüsselfaktor zum weiteren Ausbau des Marktes. Hier gebe es aber noch viel Arbeit. Gleich vier Generaldirektionen der EU-Kommission seien beim Thema Biomethan involviert, es

gebe einen Flickenteppich an nationalen Gesetzen, und es fehle auch an einer einheitlichen Zertifizierung.

Für die Landwirtschaft in Deutschland ist Bioenergie mittlerweile zu einem nicht unerheblichen Zubrot geworden. 15 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe hätten 2010 einen Teil ihrer Einnahmen über Bioenergie erzielt, berichtete Christian Böse, Leiter Rohstoffmanagement bei der E.ON Bioerdgas GmbH. Zwei Prozent der Betriebe verfügten über eigene Biogasanlagen. Von den 2,3 Millionen Hektar Anbauflächen für nachwachsende Rohstoffe entfielen 800.000 Hektar auf Kulturen für die Biogasproduktion. Ende dieses Jahres werde es 7.000 Biogasanlagen geben, darunter 100 Bio-Erdgasanlagen, die dank ihrer größeren Kapazitäten neun Prozent zur gesamten Biogasproduktion beisteuerten. Nach Meinung von Böse hat die Biogasverstromung schon einen hohen Stand erreicht, weiteres Ausbaupotenzial bestehe in der Biogaseinspeisung. Böse: „Um die Partizipation der Landwirtschaft an der Biogaserzeugung auch weiterhin sicherstellen zu können, ist es vor allem wichtig, dass die Landwirtschaft künftig mehr Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kooperationsmodellen an den Tag legt. Auf der anderen Seite ist dies auch aus Sicht der Energiewirtschaft erstrebenswert, um durch die Verbindung der Wertschöpfungsketten auch größere Biogasanlagen erfolgreich betreiben zu können.“ Untersuchungen hätten zudem gezeigt, dass die CO₂-Einsparung bei größeren Anlagen höher ausfalle.

Bis 2030, so das politische Ziel, sollen zehn Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs durch Bio-Erdgas substituiert werden. Reinhard Schultz, Geschäftsführer des Biogasrats, glaubt, dass zehn bis 15 Prozent des Erdgases „aus eigener Kraft“ ersetzbar sind. Angesichts der vielen Vorurteile gegenüber Biogas – vom angeblich negativen Einfluss auf die Artenvielfalt über die Pachtpreisentwicklung bis zum Welthunger – appelliert er an die Politik, „mit uns gemeinsam das Kreuz durchzudrücken und nicht wegzutauchen aus Angst vor dem Wähler“. Es sei illusorisch anzunehmen, die Energiewende sei zum Nulltarif zu haben. Je dezentraler die Energieversorgung werde, desto mehr Standorte seien erforderlich. Aber es gehe auch darum, alternative Pflanzen zu erschließen, mehr Reststoffe zu nutzen und die Flächenproduktivität drastisch zu erhöhen.

Verbraucherpolitik

Schlichtungsstelle Energie eingerichtet

Zum 1. November 2011 ist die „Schlichtungsstelle Energie“ an den Start gegangen. Sie soll in Streitfällen zwischen Verbrauchern und Energieversorgern vermitteln. Der Verein wird getragen vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und dem Bundesverband neuer Energieanbieter (bne).

„Die außergerichtliche Streitschlichtung als moderierter Interessenausgleich ist ein wichtiges Instrument unserer Verbraucherpolitik“, kommentiert Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner den Start der Schlichtungsstelle Energie. „Das Modell der Schlichtung hat sich bewährt. Ich freue mich, dass die Schlichtung nun auch im Energiebereich Anwendung findet. Das ist ein wichtiges Signal für andere Wirtschaftsbereiche.“ Weitere Informationen unter www.schlichtungsstelle-energie.de.

Warum gibt es einen Modernisierungstau?

IEU lässt Gründe für schleppende Heizungsanierung analysieren

„Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen, dass sich die Investition in den Ersatz einer alten und wenig effizienten Heizung durch einen modernen Nachfolger, beispielsweise einen Erdgas-Brennwertkessel, wegen der sehr deutlich sinkenden Energiekosten schon nach wenigen Jahren rechnet. Dennoch ergreifen leider nur relativ wenige Haus- und Wohnungsbesitzer die Initiative“, beklagt Werner Willmes, Sprecher der Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU) den Modernisierungstau in deutschen Heizungskellern. „Stattdessen heizen viele weiter mit den teils jahrzehntealten Schätzchen im Keller und blasen so über die Jahre eine Menge Geld durch den Schornstein. Darunter leidet auch das Klima, denn moderne Heizungssysteme können ganz erheblich zur dringend notwendigen Reduzierung der CO₂-Emissionen beitragen. Wir bei der IEU sehen den Modernisierungstau schon lange. Aber auch wir wissen noch immer nicht genau, warum es diesen Stau gibt. Deshalb haben wir eine Untersuchung zu den Motiven und Entscheidungsprozessen rund um die energetische Modernisierung in Auftrag gegeben.“

Befragung durch InWIS

Durchgeführt wird die Untersuchung im Auftrag der IEU von dem InWIS Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung*. Ziel dieses Projektes ist es, vor allem mittels einer quantitativen und qualitativen telefonischen Befragung die Entscheidungssituation, in der sich Haushalte im Hinblick auf den Austausch der Heizungsanlage befinden, zu beleuchten und die für die Entscheidung relevanten Aspekte zu identifizieren. Die Ergebnisse sollen Hinweise liefern, wie und mit welchen Maßnahmen – Information, individuelle Beratung, finanzielle Förderung – sich die positiven Aspekte eines rechtzeitigen Heizungsaustausches bewusst machen lassen. Letztlich geht es darum, geeignete Instrumente zu finden, mit deren Hilfe Haus- und Wohnungsbesitzer stärker als bisher motiviert werden können, ineffiziente Heizungsanlagen durch moderne Systeme zu ersetzen, wenn dies für sie wirtschaftlich ist.

Zunächst wird es im Verlauf der Befragung darum gehen, anhand des Alters der vorhandenen Heizungsanlage unterschiedliche Befragungs-

gruppen zu identifizieren, vom Eigentümer eines Neubaus mit modernem Heizsystem über diejenigen, die sich prinzipiell für eine energetische Modernisierung interessieren, bis hin zum Altbaubesitzer, der keinen Modernisierungsbedarf sieht. Von besonderem Interesse für die Befragung sind selbstverständlich die beiden letztgenannten Gruppen. Hier gilt es durch differenzierte Fragestellungen herauszufinden, welche Gründe hinter einer möglichen Unsicherheit oder gar der prinzipiellen Ablehnung stehen.



„Die Zurückhaltung der Haus- und Wohnungsbesitzer bei der Sanierung ihrer Heizungsanlagen hat auch etwas zu tun mit unübersichtlichen und unzuverlässigen Förderbedingungen.“

Werner Willmes, Sprecher der Initiative Erdgas pro Umwelt (IEU)

Bei der IEU ist man sehr gespannt auf die Ergebnisse der Untersuchung, die im kommenden Frühjahr voraussichtlich im Rahmen der Essener Messe- und Kongressveranstaltung E-World energy & water 2012 der breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. „Wir sind uns ziemlich sicher, dass die Zurückhaltung der Haus- und Wohnungsbesitzer auch etwas zu tun hat mit unübersichtlichen und vor allem mit unzuverlässigen Förderbedingungen“, sagt Werner Willmes. „Wer nicht seinen Installateur ausdrücklich nach solchen Fördermitteln fragt, weiß doch in der Regel gar nicht, dass und wo er finanzielle Unterstützung für den dringend notwendigen Heizungsaustausch bekommen kann. Und das aktuelle Hickhack um die steuerliche Erleichterung der energetischen Sanierung hat die Menschen inzwischen so verunsichert, dass in diesem Jahr nach Berechnungen der Deutschen Energie-Agentur bisher weniger Maßnahmen in Angriff genommen worden sind als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.“

Untersuchung für das Umweltbundesamt verfolgt ähnliche Zielrichtung

Die IEU steht übrigens nicht allein mit der Erkenntnis, dass man viel zu wenig weiß über die Gründe für die Zurückhaltung von Haus- und Wohnungsbesitzern. So hat beispielsweise das Umweltbundesamt (UBA) im Spätsommer eine Untersuchung ausgeschrieben, in deren Verlauf die Anreizwirkungen umweltpolitischer Instrumente überprüft und daraus Konsequenzen für die Ausgestaltung eines künftigen umweltökonomischen Instrumentariums gezogen werden sollen. Das Projekt trägt den Namen UFOPLAN, die Arbeiten haben am 1. November offiziell begonnen, die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen Ende September 2012 vorliegen.

* InWIS ist ein gemeinnütziges Wissens- und Transferinstitut an der Universität Bochum. Das Institut widmet sich der anwendungsorientierten Forschung und Beratung bei wohnungs-, immobilien- und regionalwirtschaftlichen Fragestellungen und erstellt unter anderem Markt- und Standortanalysen sowie Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Überdies berät es Kommunen in Fragen der Wohnungs- und Sozialpolitik. Für die IEU hat InWIS schon den Modernisierungskompass 2011 (s. EnergieSzene 2/2011) erarbeitet.

BDEW und VKU: Energiewende erfordert Regulierungswende

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) üben deutliche Kritik an der Bundesnetzagentur. Dabei geht es zum einen darum, dass laut BDEW die Netzrendite in Deutschland weiter unter dem internationalen Durchschnitt liegt, zum anderen um die nach Ansicht des VKU nicht nachvollziehbare Bewertung der vermiedenen Netznutzungsentgelte durch die Bundesnetzagentur.

„Vor dem Hintergrund der Energiewende und dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien müssen jetzt die politischen Regulierungsvorgaben angepasst werden. Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir auch eine Regulierungswende“, sagte Hildegard Müller,

Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Statt nur auf Kostensenkung zu achten, müssten zusätzliche Investitionsanreize bei den Regulierungsvorgaben in den Fokus gerückt werden.

Die Bundesnetzagentur, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck, habe die Zeichen der Zeit hin zu einem zukunftsfähigen dezentralen Energiesystem nicht erkannt. Reck sieht Indizien dafür, dass die Bundesnetzagentur mit allen Mitteln versucht, eine spürbare Senkung der Netznutzungsentgelte zu erwirken. „Und das, obwohl die Energiewende zwingend hohe Investitionen in die Infrastruktur benötigt. Der Regulierer nimmt eine Schwächung der dezentralen Energieerzeugung in Kauf und stellt Weichen, die zudem gegen den politisch forcierten Ausbau dezentraler Strukturen laufen.“ Jetzt seien Politik und das zuständige Ministerium gefordert. „Sie müssen die von ihnen formulierten Ziele auch gegenüber der Bundesnetzagentur durchsetzen, wenn sie bei der Energiewende glaubhaft bleiben wollen.“

Bundeskabinett: Monitoring soll Umsetzung der Energiewende begleiten

Das Bundeskabinett hat den Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ beschlossen. Damit soll fortlaufend überprüft werden, inwieweit die Umsetzung der energiepolitischen Beschlüsse des Sommers dem Ziel einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung gerecht wird. „Der Monitoring-Beschluss ist ein Meilenstein im Zuge der Energiewende“, sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler. „Denn nur wenn wir die Umsetzung des Energiepakets beobachten, können wir dessen Wirkungen genau abschätzen. Und nur durch ein gezieltes Monitoring können wir treffsicher reagieren, zum Beispiel beim notwendigen Ausbau der Netze und Kraftwerke.“

Das Monitoring wird von Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und Bundesumweltministerium (BMU) gemeinsam durchgeführt. Das BMWi widmet sich den Themen Netzausbau, Kraftwerkszubau, Ersatzinvestitionen und Energieeffizienz. Das BMU beobachtet den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Organisiert wird der Monitoringprozess von einer neuen Geschäftsstelle bei der Bundesnetzagentur im Geschäftsbereich des BMWi. Jährlich soll ein Monitoring-Bericht erstellt werden, alle drei Jahre ein Fortschrittsbericht. Zur Begleitung des Monitoring-Prozesses wird eine Kommission aus Energieexperten eingerichtet. Deren Vorsitz übernimmt Andreas Löschel vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

EU-Infrastrukturpaket soll Netzausbau vorantreiben

„In Deutschland haben wir mit unserem Netzausbaubeschleunigungsgesetz in diesem Sommer schon vorgelegt. Nun gilt es, auf europäischer Ebene den nächsten Schritt zu machen, um die nationalen Energienetze zu integrieren und die verschiedenen Energiequellen europaweit bestmöglich zu nutzen. Die Überlegungen der Europäischen Kommission gehen hier in die richtige Richtung. Sie können einen Impuls für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, mehr Akzeptanz in der Bevölkerung und schnellere Genehmigungsverfahren beim Netzausbau geben. Nur so können wir unsere ambitionierten energie- und klimapolitischen Ziele erreichen“, sagte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler zur Brüsseler Vorlage

eines Verordnungsentwurfs mit Leitlinien für den Ausbau der transeuropäischen Energienetze.

Dieses sogenannte EU-Infrastrukturpaket sieht unter anderem vor, die Regelungen von Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen. Zur Finanzierung von Netzausbauprojekten hat die EU-Kommission zeitgleich einen Verordnungsvorschlag für einen Infrastrukturfonds vorgelegt, der für den Energiebereich EU-Haushaltsmittel in Höhe von rund neun Milliarden Euro im Zeitraum 2014 bis 2020 vorsieht. Rösler: „Planung und Finanzierung des Netzausbaus sind in erster Linie Sache der Unternehmen. Ich werde bei den weiteren Beratungen auf europäischer Ebene darauf achten, dass wir mit dem richtigen Regulierungsrahmen die nötigen Investitionsanreize setzen. Eine breite Finanzierung des Netzausbaus mit EU-Haushaltsmitteln kann aus ordnungspolitischer Sicht jedenfalls nicht die Lösung sein.“

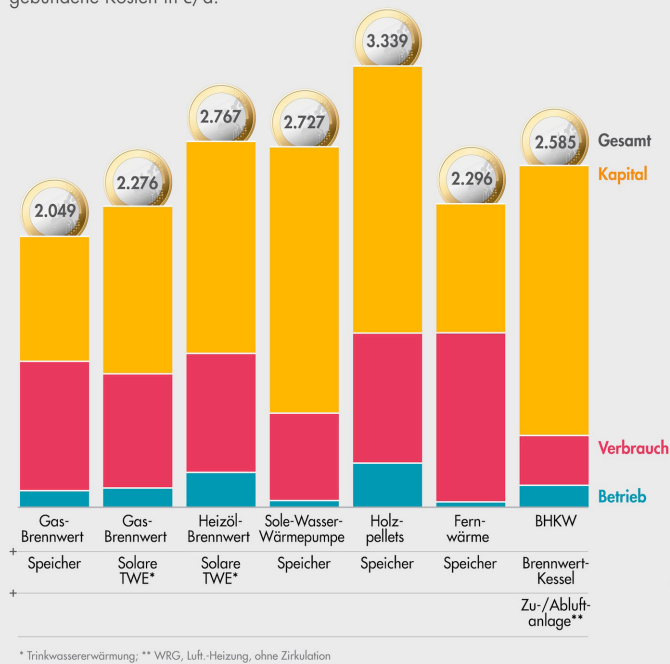
Heizungssysteme im Kostenvergleich

Entscheidungshilfe für Hausbesitzer, Architekten und Handwerker

Komfort, Umweltverträglichkeit, Hygiene und natürlich die Kosten sind entscheidende Gesichtspunkte bei der Auswahl eines maßgeschneiderten Wärmeversorgungssystems. Neubauwillige haben dabei logischerweise größere Freiräume als Besitzer von älteren Wohnimmobilien. Der Ratgeber Wärmeversorgung der Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch (ASUE) bietet umfassende Informationen für beide Fälle. Dabei geht es um Grundsätzliches wie den ordnungsrechtlichen Rahmen ebenso wie um die Wahl des Energieträgers, die Platzierung der Heizzentrale im Haus, die Art der Trinkwassererwärmung oder die zumindest im gut gedämmten Haus unverzichtbare automatisierte Wohnraumbelüftung.

Für die meisten (künftigen) Hausbesitzer ist entscheidend, was das alles kostet und was sie im Gegenzug mithilfe einer modernen und vor allem effizienten Wärmeversorgung sparen können. Äußerst hilfreich als Entscheidungsgrundlage ist in diesem Zusammenhang der Vollkostenvergleich für 24 Systeme der Wärmeversorgung*, den das ITG Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden für die ASUE durchgeführt hat. Die detaillierte und aufschlussreiche Untersuchung berücksichtigt sowohl die Kapitalkosten als auch verbrauchsabhängige Kosten und Unterhaltskosten. Die Studie geht von einer Neuanschaffung aller Heizkomponenten für ein freistehendes Einfamilienhaus mit 150 Quadratmeter Nutzfläche aus. Das Ergebnis ist eindeutig: Die kostengünstigste der 24 untersuchten Heizungsvarianten ist die mit dem Gasbrennwert-

Vollkostenvergleich für 7 unterschiedliche Heizungs- und Trinkwarmwassersysteme gebundene Kosten in €/a:



kessel. Selbst in Kombination mit einer solarthermischen Trinkwassererwärmung ist diese Heiztechnik noch immer günstiger als der Bezug von Fernwärme mit vergleichsweise niedrigen Kapitalkosten, aber deutlich höheren Verbrauchskosten.

Wer den Schutz der Umwelt in den Vordergrund stellt, ist mit Bio-Erdgas als Brennstoff bestens bedient. Der zur Studie gehörende Vergleich der CO₂-Emissionen zeigt, dass diese sich mit einer Mikro-KWK-Anlage mit Ottomotor und Bio-Erdgas als Brennstoff sogar vollständig vermeiden lassen.

* Der Vollkostenvergleich ist unter www.asue.de → Service → Kostenvergleich Heizung → Broschüren zum kostenlosen Download eingestellt.



Ratgeber Wärmeversorgung mit Kostenvergleich Heizung 2011

Die effiziente Beheizung von Wohnräumen, unterschiedliche Systeme für eine optimale Warmwasserversorgung und die richtige Wohnraumlüftung stehen im Vordergrund des ersten Teils dieses kompakten Ratgebers zur Hauswärmeversorgung. Von mindestens ebenso großer Bedeutung für Bau- oder Sanierungswillige ist der detaillierte Vollkostenvergleich für 24 verschiedene Systemvarianten der Wärmeversorgung in Wohngebäuden. Hier wird auch deutlich, aus welchen Bestandteilen sich die Gesamtkosten zusammensetzen und welche der untersuchten Systeme unter den Gesichtspunkten Kosten und Klimaschutz beson-

ders gut abschneiden. Mithilfe eines übersichtlichen Berechnungsschemas samt verständlicher und detaillierter Erläuterungen können Immobilienbesitzer, im Idealfall unterstützt vom Installateur, die Gesamtkosten der Wärmeversorgung für ihr Wohngebäude ermitteln. Auch der Vergleich mehrerer Systemvarianten für einen speziellen Anwendungsfall ist so möglich.

Die Broschüre steht unter www.asue.de → Energie im Haus → Broschüren zum kostenlosen Download zur Verfügung. Dort und unter info@asue.de kann auch die gedruckte Version bestellt werden.

Energetische Sanierung

Aufgeschobene Steuererleichterungen

Die dringend notwendige Einigung von Bundestag und Bundesrat auf eine wirksame Steuerförderung der Gebäudesanierung wurde mal wieder vertagt. Der Vermittlungsausschuss hat die Beratungen zum entsprechenden Gesetz am 8. November ohne Ergebnis abgebrochen, weil Bund und Länder sich nicht über die Aufteilung der Kosten einigen können. Der Ausschuss will sich am 22. November erneut treffen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass künftig jährlich zehn Prozent der Kosten für Maßnahmen zur energetischen Sanierung steuerlich abgesetzt werden können.

Die betroffenen Branchen, Verbände, Hausbesitzer und zahlreiche Fachpolitiker plädieren in seltener Einmütigkeit für ein solches Gesetz. Im Oktober hatte man sich beispielsweise bei der Deutschen Energie-Agentur (dena) und dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) noch erfreut gezeigt angesichts des anberaumten

Schlichtungstermins und die Notwendigkeit einer Einigung betont. So hatte Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des BDEW, das Energiesparpotenzial im Gebäudebereich als Schlüsselement für einen nachhaltigen Klimaschutz bezeichnet, das man nicht länger vernachlässigen dürfe. Schließlich stelle die Modernisierung der Anlagentechnik bereits heute eine schnelle, effiziente und bezahlbare Lösung dar. Dena-Geschäftsführer Stephan Kohler hatte zudem darauf hingewiesen, dass viele Eigentümer sich die energetische Modernisierung ihres Gebäudes auch mit steuerlicher Förderung „nur schrittweise leisten“ können. Entscheidend sei deshalb, dass auch Einzelmaßnahmen berücksichtigt würden. „Ohne eine Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich ist die Energiewende nicht zu schaffen“, erklärte Kohler. Der dena-Chef verwies erneut darauf, dass ein Steuerbonus nach vorliegenden Berechnungen weit mehr Investitionen und damit auch Vorteile für die Kassen von Bund und Ländern mit sich bringe als er an Kostenbelastungen für diese Kassen auslöse.

Zahlen & Fakten

Milde Witterung senkt Energieverbrauch

Der Energieverbrauch in Deutschland wird nach den bisher vorliegenden Verbrauchsdaten der ersten neun Monate des laufenden Jahres im Gesamtjahr 2011 voraussichtlich um rund vier Prozent sinken. Nur ein starker und andauernder Kälteeinbruch könnte nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zu einer abweichenden Entwicklung führen.

Bis Ende September lag der Energieverbrauch in Deutschland bei 334,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten und damit um 4,2 Prozent unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die milde Witterung sorgte in 2011 vor allem für Verbrauchsrückgänge bei den Heizenergien. So sank der Mineralölverbrauch in den ersten neun Monaten um 3,3 Prozent. Der Erdgasverbrauch sank sogar um mehr als neun Prozent. Neben hohen Temperaturen nennt die AGEB als weiteren Grund für diese Entwicklung

auch einen geringeren Einsatz von Erdgas in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung.

Der Verbrauch von Steinkohle lag in den ersten neun Monaten leicht im Plus. Die Kernenergie verminderte ihren Beitrag zur Energiebilanz der ersten neun Monate in der Folge des Ausstiegsbeschlusses um knapp 21 Prozent.

Die erneuerbaren Energien legten im gleichen Zeitraum um insgesamt 3,3 Prozent zu und haben inzwischen einen Anteil am gesamten Energieverbrauch von 10,5 Prozent erreicht. Während die Windkraft ihre Stromerzeugung um 16,5 Prozent steigerte, sank der Beitrag der Wasserkraft (ohne Pumpspeicher) um knapp neun Prozent. Die Photovoltaik expandierte kräftig um 58 Prozent.

In der Folge steigender Stromimporte und sinkender Stromexporte ist die Stromaustauschbilanz mit dem benachbarten Ausland nahezu ausgeglichen.

Erdgas bleibt beliebteste Heizenergie

Im ersten Halbjahr 2011 war Erdgas bei den Beheizungssystemen im Neubau wiederum Marktführer mit einem Anteil von 50 Prozent. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) auf Basis

vorläufiger Zahlen der Statistischen Landesämter berichtet, kamen Wärmepumpen auf einen Marktanteil von 24 Prozent, gefolgt von Fernwärme mit 15 Prozent. Die verbleibenden Anteile entfielen auf Heizöl (2 %), Holzpellet-Heizungen (6 %), Stromheizungen (1 %) und sonstige Heizungssysteme (3 %).

Energie intern

Kopf des Monats



Ewald Woste ist Vorstandsvorsitzender der Thüga AG und seit Juli 2010 Präsident des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). In der Energiewirtschaft ist der Diplom-Kaufmann seit 1992 tätig. Seine Karriere führte von den Stadtwerken Paderborn u. a. über die Nürnberger N-ERGIE AG bis hin zum Vorstandsvorsitz der Mainova AG, bevor er 2007 zur Thüga wechselte.

„Die Bundesregierung will im Wärmemarkt immerhin fast die Hälfte der angestrebten Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen erreichen. Das schaffen wir nur durch eine stärkere Einbindung des Gebäudebestandes und eine Verdoppelung der Modernisierungsrate bei Heizungen.“

Auf der gasfachlichen Aussprachetagung 2011 in Hamburg monierte Ewald Woste, dass das enorme CO₂-Einsparpotenzial im Wärmemarkt – immerhin 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf diesen Sektor – als Thema vernachlässigt wird, weil sich die öffentliche Debatte fast ausschließlich auf die unbestreitbar wichtigen Bereiche Stromerzeugung und Ausbau der Energienetze konzentriert.

WER MACHT WAS?

Christine Scheel, Bundestagsabgeordnete der Grünen, ist vom Aufsichtsrat der Darmstädter HSE AG mit Wirkung ab dem 1. Februar 2012 zum Vorstandsmitglied des Unternehmens berufen worden. Scheel wird das in dieser Form neue Ressort Nachhaltigkeit verantworten und ihr Bundestagsmandat und weitere Positionen in der Wirtschaft aufgeben.

Dr. Hans-Martin Huber-Ditzel ist vom Aufsichtsrat der Enovos Deutschland AG mit sofortiger Wirkung zum Mitglied des Unternehmensvorstandes berufen worden. Huber-Ditzel tritt die Nachfolge von **Bertram Sauder** an und verantwortet in seiner neuen Position die Bereiche Energiehandel, Personal, Marketing und Kommunikation.

Literaturtipp



Daniel Boese:

Wir sind jung und brauchen die Welt

Noch eine Generation: Die für Klimaschutz engagierte junge Generation soll nun also „Generation Klima“ heißen. So weit, so gut. Sie sei mit Hilfe der neuen Medien weltweit aktiv, ihr Enthusiasmus kenne keine Grenzen, schreibt der Journalist Daniel Boese, und sie habe das Ziel, unseren Planeten zu retten. Dessen wesentliche Bedrohung ist ja bekanntlich der Klimawandel. Alles andere, Armut, Kriege etc., lassen sich auch nur bekämpfen, wenn der Klimawandel gestoppt wird. Oder die gemeinsamen Ursachen, namentlich Verteilungsgerechtigkeit und der Wachstumswahn der Industrienationen. Dafür mache die Jugend nun im Internet mobil und mobilisiere mit Facebook, Twitter & Co. weit mehr Menschen, übe weit mehr Druck auf Politik und Wirtschaft aus als dies jede Partei, jede Umweltschutzorganisation vermag. Den Leser beschleicht bei soviel Social-Media-basierter

Euphorie allerdings der Verdacht, dass Mittel und Zwecke ein wenig durcheinander gehen. Wie bei manch einer Bewegung zuvor ...

Oekom Verlag, München 2011
 ISBN-13: 978-3-86581-252-0
 14.95 EUR

Impressum

Herausgeber und Redaktion:
 Dr. Rolf Sweekhorst, Aachen
 redaktion.sweekhorst@t-online.de
 Fax: (02 41) 55 93 79-99

Redaktion Berlin:
 Helga Bodenstab
 bodenstabh@aol.com
 Fax: (0 30) 795 03 65

Unterstützt von

